Werner Lappat, CSU, Haushaltsrede 2027

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

verehrte Zuhörer und Pressevertreter.

Ich bedanke mich, stellvertretend für die gesamte CSU-Fraktion, bei der Verwaltung für die erbrachten Leistungen.

14 Millionen Euro. So groß ist der Vermögenshaushalt, über den wir heute beraten. Eine stolze Summe. Eine Menge Geld. Und vor allem Geld, für das wir als Stadtrat Verantwortung tragen.

Man könnte jetzt die einzelnen Maßnahmen aufzählen, sich für die geleistete Arbeit bedanken und am Ende feststellen, dass der Haushalt ausgeglichen ist. Aber so einfach möchte ich es uns heute nicht machen.

Denn eines muss man schon sagen dürfen: Wir sind seit Jahren Konsolidierungsgemeinde.

Und trotzdem diskutieren wir Jahr für Jahr darüber, wie wir unseren Haushalt überhaupt finanzieren können.

Da stellt sich doch irgendwann die Frage: Wann kommen wir eigentlich an den Punkt, an dem wir unsere finanziellen Angelegenheiten wieder dauerhaft selbst im Griff haben?

Konsolidierung muss irgendwann ein Ergebnis haben.

Bereits 2021 haben wir uns vorgenommen, unsere finanzielle Leistungsfähigkeit innerhalb von fünf Jahren wiederherzustellen. Fünf Jahre sind vergangen.

Natürlich ist einiges passiert. Wir haben Schulden abgebaut. Das ist richtig und wichtig. Und dafür gebührt allen Beteiligten Anerkennung.

Aber wir müssen auch ehrlich sein: Ohne die erheblichen Hilfen des Freistaats Bayern würde unsere finanzielle Situation heute anders aussehen.

Und deshalb frage ich mich schon, ob wir in den vergangenen Jahren wirklich konsequent genug an unseren eigenen Strukturen gearbeitet haben.

Denn Konsolidierung bedeutet doch nicht nur, dass wir Schulden zurückzahlen, wenn wir dafür Unterstützung bekommen. Konsolidierung bedeutet, dass wir dauerhaft weniger ausgeben. Dass wir wirtschaftlicher werden. Dass wir unsere eigenen Einnahmemöglichkeiten nutzen.

Lasst uns auf eigenen Füßen stehen!

Der Freistaat kann uns beim Schuldenabbau helfen. Unsere Hausaufgaben müssen wir aber schon selbst erledigen.

Und ich habe den Eindruck, dass wir bei diesen Hausaufgaben noch längst nicht fertig sind.

Im Haushalt 2027 stehen 1,88 Millionen Euro Rücklagenentnahme. Dazu kommen 3,7 Millionen Euro aus dem geplanten Verkauf der Blumenstraße. Zusammen sind das mehr als 5,5 Millionen Euro.

Das sind keine gewöhnlichen, jedes Jahr wiederkehrenden Einnahmen. Das sind vorhandene Reserven und städtisches Vermögen.

Natürlich darf eine Stadt Rücklagen für Investitionen einsetzen. Dafür sind sie schließlich auch da. Aber wir müssen uns fragen, ob wir damit dauerhaft auf einem vernünftigen Weg sind.

Wenn wir Jahr für Jahr auf besondere Einnahmen angewiesen sind, dann ist das noch keine dauerhaft tragfähige Haushaltsstruktur.

Und darüber müssen wir reden. Nicht erst dann, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind oder keine Immobilien mehr zum Verkauf stehen. Sondern heute.

Blumenstraße – die eigentliche Frage wird nicht gestellt.

3,7 Millionen Euro sollen uns die Wohnungen in der Blumenstraße bringen. Ich sage ganz offen: Wir sollten als Stadt nicht um jeden Preis an Immobilien festhalten.

Wenn ein privater Eigentümer Wohnungen besser und wirtschaftlicher betreiben kann, dann muss man über einen Verkauf nachdenken dürfen.

Aber eines verstehe ich nicht. Warum soll etwas, das bei einem privaten Eigentümer wirtschaftlich funktionieren kann, bei uns dauerhaft ein Zuschussgeschäft sein?

Liegt es tatsächlich nur am Zustand der Gebäude? Oder liegt es möglicherweise auch an unserer Art, diese Immobilien zu verwalten?

Das ist keine Unterstellung. Das ist eine Frage, die sich jeder stellen muss, der mit öffentlichem Vermögen verantwortungsvoll umgehen will.

Bevor wir verkaufen, müssen wir wissen, was wir besitzen, was es wert ist und was es uns langfristig kostet oder einbringt. Und wir müssen wissen, welche Alternativen es gibt.

Ein Verkauf kann richtig sein. Aber dann muss er aus wirtschaftlicher Überzeugung erfolgen und nicht deshalb, weil wir die Einnahmen gerade dringend im Haushalt brauchen.

Wir dürfen nicht unsere Vermögenswerte verkaufen und anschließend feststellen, dass sich an unseren eigentlichen Problemen nichts geändert hat.

Denn dann haben wir zwar kurzfristig Geld in der Kasse, aber langfristig weniger Vermögen.

Und die strukturellen Probleme bestehen weiter.

Eines ist sicher. Der Verkauf der 93 Wohneinheiten in der Blumenstraße ist nicht im Sinn der Mieter.

Die Ertragslage ist derzeit für die Stadt auskömmlich und bei einer weiterhin positiven Anpassung der wirtschaftlichen Gegebenheiten, steht aus finanzieller Hinsicht auch erforderlichen Sanierungsmaßnahmen nichts entgegen.

Die Varianten, dass die Mieter die Wohnungen zum gleichen Preis übernehmen, beispielsweise in Form einer Genossenschaft mit den derzeitigen Mietern als Genossen oder als Eigentümer, wurden nicht geprüft.

Das finden wir sehr schade und deshalb bitten wir darum, den Verkauf an einen Investor noch einmal zu überdenken und eine andere Lösung zu finden, die sich positiv für die derzeitigen Mieter darstellt.

Investitionen – wir müssen uns wieder auf das Wesentliche konzentrieren.

Meine Damen und Herren, wenn man unseren Vermögenshaushalt durchblättert, findet man viele sinnvolle Maßnahmen. Feuerwehren, Kindergärten, Schulen, Straßen, Brücken.

Das sind Aufgaben, um die wir uns kümmern müssen. Hier darf die Stadt nicht auf Kosten der Sicherheit oder der Zukunft unserer Kinder sparen.

Aber daneben finden wir eine ganze Reihe anderer Vorhaben. 200.000 Euro für eine Schlossberg-Konzeption. 60.000 Euro für einen Aussichtsturm am Kleinen Kulm. 100.000 Euro für einen Kiosk am Biergarten. Und weitere Planungen und Gestaltungsmaßnahmen.

Jetzt kann man natürlich für jedes dieser Projekte gute Argumente finden. Aber das ist doch genau der Punkt.

Wir können nicht alles machen, nur weil uns für alles ein guter Grund einfällt.

Wir sind keine Kommune, die finanziell aus dem Vollen schöpfen kann. Wir sind Konsolidierungsgemeinde. Und deshalb müssen wir bei unseren Entscheidungen einen anderen Maßstab anlegen.

Nicht nur: Ist das Projekt schön? Nicht nur: Bekommen wir dafür eine Förderung? Sondern vor allem: Brauchen wir es jetzt? Können wir es uns leisten? Und was kostet es uns in den nächsten zwanzig Jahren?

Denn auch das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen: Eine Förderung ist noch lange kein Beweis für Wirtschaftlichkeit.

Wenn wir für ein Projekt 80 Prozent Zuschuss bekommen, müssen wir trotzdem die restlichen 20 Prozent finanzieren. Und die laufenden Kosten bleiben anschließend häufig vollständig bei uns hängen.

Das wird mir in der politischen Diskussion manchmal zu wenig berücksichtigt. Da wird ein Projekt plötzlich interessant, weil es Fördermittel gibt.

Aber die eigentliche Frage müsste doch sein, ob wir das Projekt auch ohne Förderung für notwendig halten würden. Wenn die Antwort Nein lautet, sollten wir zumindest sehr genau darüber nachdenken.

Bahnhof – wir brauchen endlich die Gesamtrechnung.

Ein weiterer Bereich ist das Bahnhofsumfeld. Unterführung, Grundstücke, Mobilitätsstation,

Planungen, Rückbaumaßnahmen und die mögliche weitere Nutzung des Bahnhofsgebäudes.

Alles einzeln aufgeführt. Alles für sich genommen erklärbar. Aber ich möchte einmal wissen, was uns das gesamte Bahnhofsumfeld am Ende tatsächlich kosten wird.

Nicht nur in diesem Jahr. Nicht nur im nächsten Jahr. Sondern insgesamt.

Wie viel eigenes Geld müssen wir investieren? Welche Förderungen sind tatsächlich gesichert? Welche Folgekosten kommen auf uns zu? Und wo ziehen wir eine Grenze?

Es darf nicht passieren, dass wir immer wieder neue Einzelmaßnahmen beschließen und am Ende niemand mehr den vollständigen finanziellen Umfang vor Augen hat.

Wir brauchen nicht nur Haushaltsstellen. Wir brauchen eine Gesamtrechnung. Und die muss auf den Tisch, bevor wir weitere langfristige Verpflichtungen eingehen.

Auch die eigene Verwaltung muss auf den Prüfstand.

Wenn wir von Konsolidierung sprechen, dürfen wir einen Bereich nicht ausklammern. Unsere eigene Verwaltung.

Die CSU hat eine erneute Organisations- und Personaluntersuchung angeregt. Und ich halte das für absolut notwendig.

Nicht, weil unsere Beschäftigten schlecht arbeiten. Sondern weil sich Aufgaben, Anforderungen und technische Möglichkeiten in den vergangenen Jahren erheblich verändert haben.

Wir müssen wissen, ob unsere Verwaltungsstrukturen noch zu unseren Aufgaben passen. Ob Abläufe vereinfacht werden können. Ob Zuständigkeiten sinnvoll organisiert sind. Und ob unsere Investitionen in Digitalisierung tatsächlich zu Entlastungen führen.

Denn Digitalisierung kann doch nicht nur bedeuten, dass wir neue Software, neue Server und neue Geräte anschaffen.

Digitalisierung muss am Ende auch Arbeit vereinfachen und wirtschaftliche Vorteile bringen. Dabei den Servicegedanken an unsere Bürger nicht aus den Augen verlieren. Digitalisierung ist schließlich kein Selbstzweck.

Wenn wir Millionenbeträge bei Investitionen kritisch hinterfragen, dann müssen wir auch

bereit sein, unsere laufenden Ausgaben und Verwaltungsstrukturen kritisch zu betrachten.

Und zwar nicht nur einmal alle zehn Jahre. Sondern regelmäßig.

Die Kommunalwahl 2026 – ein neuer Stadtrat, neue Verantwortung.

Im Frühjahr haben die Bürgerinnen und Bürger einen neuen Stadtrat gewählt. Die CSU ist dabei erneut stärkste politische Kraft geworden.

Das ist für uns Verantwortung und Verpflichtung zugleich. Wir werden deshalb nicht einfach alles abnicken, was uns vorgelegt wird. Wir werden Fragen stellen. Wir werden Entscheidungen hinterfragen. Und wir werden auch dort Kritik üben, wo es vielleicht unbequem wird.

Aber ich glaube, das sollte eigentlich der Anspruch des gesamten Stadtrats sein.

Eine neue Wahlperiode muss doch auch die Gelegenheit sein, einmal Bilanz zu ziehen. Was haben wir in den vergangenen fünf Jahren beschlossen? Was hat tatsächlich funktioniert? Wo haben wir Geld gespart? Wo haben sich Investitionen bewährt? Wo haben die Bürger ernsthaft profitiert? Und wo haben wir uns vielleicht auch etwas vorgemacht?

Ich erinnere an die Diskussionen um den Bauhof, unsere städtischen Beteiligungen, den Freizeitpark

und die Kreisumlage. Wir haben uns mit vielen dieser Themen beschäftigt.

Aber wir sollten nicht nur darüber diskutieren, welche neuen Projekte wir beginnen. Wir sollten genauso konsequent überprüfen, was aus unseren bisherigen Beschlüssen geworden ist.

Ein Beschluss allein ist noch kein Erfolg. Entscheidend ist, was am Ende dabei herauskommt.

Und genau das sollten wir in dieser Wahlperiode stärker in den Mittelpunkt stellen.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu den vergangenen Sitzungen. Auch wenn wir sachlich nicht immer einer Meinung sind, so gehört für mich Wertschätzung und gegenseitiger Respekt zu den Mindestanforderungen einer gemeinsamen ehrenamtlichen Arbeit.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass dieses Gremium als notwendiges Übel gesehen wird.

Wenn man erst kurz vor der Sitzung Unterlagen zur Fortschreibung der Konsolidierung bekommt, dann kann man sich inhaltlich in den Fraktionen nicht mehr abstimmen und einarbeiten. Das Ergebnis waren heftige Wortgefechte und Beleidigungen in

der Stadtratssitzung. So geht man einfach nicht miteinander um.

Den Vorbericht zum Haushalt gab es eine Stunde vor der Sitzung zur Haushaltsberatung. Die Planung des Freizeit- und Windparks basiert auf Ist-Zahlen aus 2024, da uns die vorläufigen Zahlen aus 2025 vorenthalten wurden.

Da stellt sich einem schon mal die Frage, ob es gar nicht erwartet wird, dass man sich ordentlich im Vorfeld mit den Themen beschäftigt, um überhaupt tragfähige Entscheidungen treffen zu können.

Vorschläge und Anmerkungen von Stadträten werden teilweise mitten im Satz vom Bürgermeister lautstark und emotional unterbrochen.

Ausschussgrößen wurden dank Mehrheitsentscheidung nach Belieben verändert, damit sich die Mehrheitsverhältnisse nicht ändern.

Auch wenn die sehr kreative Auslegung des Rechts dies ermöglicht, so verbessert es sicher nicht das Vertrauensverhältnis der beteiligten Personen.

Mein Appell an uns alle. Lasst uns sachlich und weniger feindselig miteinander umgehen. Wir wollen alle gemeinsam nur das Beste für Pegnitz.

Weil das so ist, stimmen wir diesem Haushalt zu.

Nach all dieser Kritik könnte man natürlich fragen, warum wir diesem Haushalt überhaupt zustimmen.

Weil wir wissen, dass unsere Stadt funktionieren muss. Weil wichtige Investitionen nicht beliebig aufgeschoben werden können. Weil unsere Feuerwehren, Schulen, Kindergärten und Ortsteile Planungssicherheit brauchen. Und weil wir anerkennen, dass dieser Haushalt viele notwendige Maßnahmen enthält.

Wir sind nicht hier, um aus Prinzip Nein zu sagen. Aber wir sind auch nicht hier, um aus Bequemlichkeit Ja zu sagen.

Verlässlichkeit bedeutet für uns, Verantwortung zu übernehmen – auch dann, wenn man nicht mit jeder einzelnen Entscheidung einverstanden ist.

Und deshalb werden wir als CSU-Fraktion dem Haushalt 2027 zustimmen. Aber ich sage genauso deutlich: Diese Zustimmung ist kein Freibrief für ein Weiter-so.

Wir erwarten, dass die Konsolidierung konsequenter an strukturellen Verbesserungen ausgerichtet wird. Wir erwarten eine wirtschaftliche Überprüfung unserer Verwaltungsorganisation. Wir

erwarten nachvollziehbare Gesamtkosten bei großen Investitionen. Und wir erwarten einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem städtischen Vermögen.

Meine Damen und Herren, Pegnitz hat viel Potenzial. Wir haben engagierte Bürger, leistungsfähige Unternehmen, starke Vereine und lebendige Ortsteile.

Aber dieses Potenzial können wir nur nutzen, wenn wir finanziell handlungsfähig bleiben. Wir müssen uns deshalb wieder stärker auf das konzentrieren, was notwendig ist. Wir müssen wirtschaftlicher denken. Und wir müssen den Mut haben, auch einmal Nein zu sagen.

Nicht jedes Projekt muss sofort umgesetzt werden. Nicht jede Förderung muss angenommen werden. Und nicht jede gute Idee ist automatisch eine gute Investition.

Haushaltskonsolidierung darf nicht zur Dauerbeschäftigung werden. Sie muss irgendwann ein Ergebnis haben.

Unser Ziel muss sein, dass Pegnitz wieder aus eigener Kraft gestalten kann. Und nicht dauerhaft

darauf angewiesen ist, Vermögen zu verkaufen und Rücklagen aufzubrauchen.

Ich betone hier mit Nachdruck: Unsere Zustimmung bedeutet nicht, dass wir mit allem zufrieden sind, sondern weil wir Verantwortung für unsere Stadt übernehmen.

Aber wir werden sehr genau darauf achten, was aus den heutigen Zahlen und den heutigen Versprechungen in den kommenden Jahren tatsächlich wird.

Denn am Ende zählen nicht die schönen Worte. Am Ende zählen die Ergebnisse.

Vielen Dank.